

🏠 > Politik > Deutschland > Wie neutral muss der Verfassungsschutz sein?

Haldenwang plant CDU-Kandidatur

Wie neutral muss der Verfassungsschutz sein?

von Jan Henrich und Daniel Heymann

13.11.2024 | 21:58



Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang gibt sein Amt auf und will bei der kommenden Bundestagswahl für die CDU kandidieren. Wie nah dürfen sich Geheimdienst und Politik sein?



Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz will für die CDU kandidieren - und muss dafür seinen Posten räumen.

Quelle: dpa

Die Amtsgeschäfte als Präsident des Bundesverfassungsschutzes nehme Thomas Haldenwang ab sofort nicht mehr wahr, heißt es aus dem Bundesinnenministerium. Er habe die Behörde "umsichtig geführt", nun werde das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zunächst durch seine Vizepräsidenten geleitet. Der Schritt folgt auf die überraschende Ankündigung

für die CDU kandidieren zu wollen.

Der Vorgang ist nicht ungewöhnlich - dennoch könnte der Wechsel Wasser auf die Mühlen derjenigen sein, die dem Inlandsgeheimdienst politische Instrumentalisierung vorwerfen.



Im Ringen um die Neuwahl des Bundestags haben Union und SPD sich auf einen Zeitplan verständigt. Auch Bundespräsident Steinmeier gibt grünes Licht: Neuwahl am 23. Februar.

12.11.2024 | 3:06 min

Vorgänger zog es bereits in die Politik

Der 64-jährige Volljurist Haldenwang hatte 2018 das Amt von seinem umstrittenen Vorgänger Hans-Georg Maaßen übernommen, der nach seiner Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ebenfalls versucht hatte, als CDU-Kandidat in den Bundestag einzuziehen. Maaßen scheiterte allerdings in seinem Wahlkreis und gründete später die rechtskonservative Kleinpartei Werteunion.

- Haldenwang abgesetzt: Ein Geschenk für die AfD

abzugrenzen und einen stärkeren Fokus auf den Bereich Rechtsextremismus zu setzen. Auch die Einstufung der AfD als rechtsextremistischer Verdachtsfall geschah unter seiner Verantwortung.

Vorwurf der Instrumentalisierung

Auch wenn das Bundesinnenministerium mitteilte, dass das Amt des BfV-Präsidenten und eine politische Kandidatur für den Bundestag voneinander "klar zu trennen" sei, ist es keine Seltenheit, dass Spitzenbeamte von Bundesbehörden zumindest Mitglieder in Parteien sind. Staatsdienst und politisches Engagement schließen sich grundsätzlich nicht aus.

Aufgaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz



Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit Sitz in Köln ist der allgemeine deutsche Inlandsnachrichtendienst. Er untersteht dem Bundesinnenministerium. Seine Aufgaben umfassen insbesondere:

- **Informationsbeschaffung:** Der Verfassungsschutz sammelt Informationen etwa zu extremistischen Bewegungen. Außerdem arbeitet er mit ausländischen Nachrichtendiensten zusammen, vor allem im Bereich der Terrorismus- und Spionageabwehr.
- **Berichte und Aufklärung der Öffentlichkeit:** Seine Erkenntnisse fasst das BfV regelmäßig zusammen, die bekannteste Veröffentlichung ist der jährlich erscheinende Verfassungsschutzbericht. Durch die Berichte sollen Politik und Öffentlichkeit schnell und umfassend über mögliche Gefahren aufgeklärt werden, die von extremistischen und terroristischen Bestrebungen sowie Spionageaktivitäten ausgehen.

Ein Umstand, den die AfD seit Jahren nutzt, um insbesondere dem Verfassungsschutz eine politische Agenda vorzuwerfen. Zumal die Behörde unmittelbar dem Bundesinnenministerium unterstellt ist. Der Verfassungsschutz sei deswegen ein Inlandsgeheimdienst, der genutzt würde, um die Opposition zu



Aus dem Verfassungsschutzbericht für 2023 geht hervor, dass in nahezu allen Bereichen die Zahl der Extremisten gestiegen sind. Die Sicherheit und Demokratie seien bedroht.

18.06.2024 | 1:47 min

Verfassungsschutz ist Kontrollgremium unterworfen

Dabei sind die Entscheidungen des BfV gleich in mehrfacher Hinsicht vor einer politischen Instrumentalisierung geschützt. **Zum einen sind die Befugnisse des Verfassungsschutzes an klare gesetzliche Vorgaben gebunden und er ist der Kontrolle durch das Parlamentarische Kontrollgremium im Bundestag unterworfen.**

Zum anderen sind insbesondere die Entscheidungen über Einstufungen von Parteien oder Organisation umfassend juristisch überprüfbar.

- *AfD in Baden-Württemberg darf beobachtet werden*
- *Welche Hürden hat ein AfD-Verbotsverfahren?*

mit der Einstufung der Partei sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene beschäftigt und die Entscheidung der einzelnen Verfassungsschutzämter in fast allen Fällen als rechtmäßig bestätigt. Erst diese Woche hat der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg eine Beschwerde des dortigen AfD-Landesverbandes gegen die Einstufung als rechtsextremistischer Verdachtsfall zurückgewiesen.



Das Oberverwaltungsgericht in NRW bestätigt die Einstufung der AfD als rechtsextremen Verdachtsfall durch den Verfassungsschutz. Dies erlaubt weiterhin die Beobachtung der Partei.

13.05.2024 | 2:52 min

Informationsauftrag braucht Glaubwürdigkeit

Dennoch kann eine zu große Parteinähe für die Behörde zum Problem werden. Denn wie erfolgreich der Verfassungsschutz bei seiner Kernaufgabe ist, die Öffentlichkeit über extremistische Entwicklungen aufzuklären, hängt auch davon ab, wie er wahrgenommen wird. Dort, wo die Glaubwürdigkeit fehlt, gehen Warnungen ins Leere.